

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
 (INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

30. Jahrgang

Berlin, den 30. August 1963

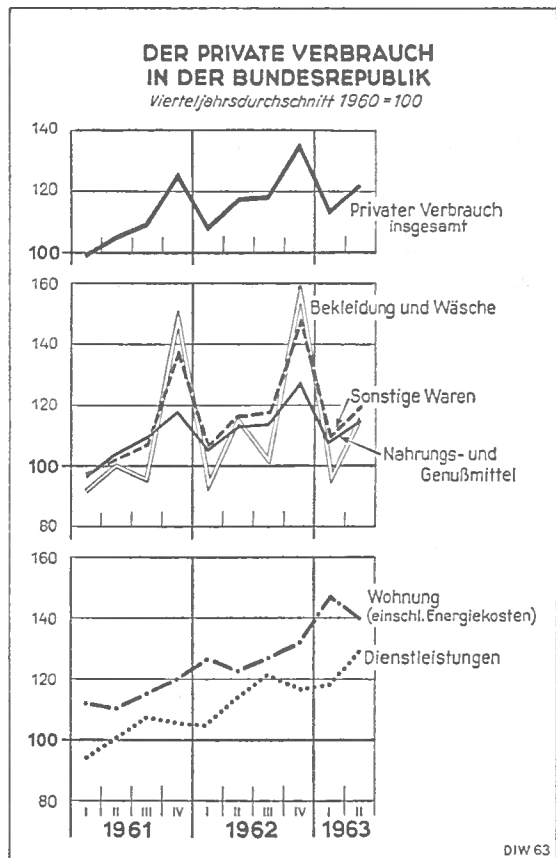
Nummer 35

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Der private Verbrauch im zweiten Quartal 1963

Der vom ersten zum zweiten Quartal übliche saisonale Anstieg der privaten Verbrauchsausgaben erreichte 3,9 Mrd. DM (fast 9 vH) und war damit nur wenig geringer als in der vergleichbaren Vorjahrszeit. In beiden Jahren wirkten die gleichen saisonalen Einflüsse auf die Ausgabengestaltung der Haushalte: Das erste Quartal war durch ungünstige und lang anhaltende kalte Witterung gekennzeichnet; die Feste Ostern und Pfingsten, die zu gesteigerten Verbraucherausgaben Anlaß geben, sowie die erste wärmere Frühjahrswitterung fielen in das zweite Quartal. Intensiver als im Vorjahr dürfte diesmal allerdings der außerordentlich harte Winter bestimmte Verbrauchsausgaben — z. B. für Heizmaterial — begünstigt, aber auch gewisse Ausgabeverzögerungen — z. B. bei Bekleidung, Wohnungseinrichtung — bewirkt haben. Erwartungen, daß solche zurückgestellte Anschaffungswünsche noch im Laufe des zweiten Quartals realisiert werden würden, bestätigten sich nur teilweise. Eine noch immer ungünstige Konstellation von Saisonfaktoren — sehr kurze Schönwetterperiode, Konzentration von Saison- und Pfingsteinkäufen im Mai, die geringere Zahl an fertiggestellten Wohnungen — sowie vor allem die abgeschwächten Einkommenssteigerungen setzten der Ausgabebereitschaft der Verbraucher Grenzen. Alles in allem konnte die Entwicklung im zweiten Quartal nicht über das saisonale Maß hinaus zu einer stärkeren konjunkturellen Belebung der privaten Verbrauchsausgaben führen. Der seit 1962 zu beobachtende sinkende Trend in der Nachfrageausdehnung der Haushalte setzte sich vielmehr — nach den bisher verfügbaren Daten — fort; einer Zuwachsrate von fast 8 vH im zweiten Halbjahr 1962 und von fast 5 vH im ersten Quartal 1963 folgte nun im zweiten Vierteljahr eine von 4,3 vH.

Die überraschend geringe Zunahme der Verbrauchsausgaben kann natürlich auch (wie das schon einmal im Jahr 1960 der Fall war) auf Irregularitäten in der laufenden Statistik, vor allem im Index der Einzelhandelsumsätze, zurückzuführen sein. Dafür würde z. B. sprechen, daß die betreffenden Originalreihen einen Rückgang des realen Verbrauchs je Kopf an Nahrungs- und Genußmitteln im gesamten ersten Halbjahr 1963



indizieren — ein Phänomen, für das sich bei den immerhin noch um 6 vH gestiegenen Masseneinkommen nur schwer eine vernünftige Erklärung finden läßt.

Wie schon im ersten Quartal, so blieb die jährliche Zuwachsrate des privaten Verbrauchs auch im zweiten Vierteljahr wieder hinter derjenigen der verfügbaren Einkommen zurück, während die rege Spartätigkeit anhielt.

Der Verbrauchsanstieg war — im Unterschied zum 1. Quartal — geringer als der gesamtwirtschaftliche Zuwachs. Belebende Einflüsse auf die Wirtschaftsentwicklung konnten von ihm kaum

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik <sup>1)</sup>

Bedarfsgruppe	1962	1962		1963	1962				1963	
		1. Hj.	2. Hj.		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
in Mrd. DM										
Nahrungs- und Genußmittel <sup>2)</sup>	59,6	28,3	31,3	28,9	13,6	14,7	14,8	16,5	14,0	14,9
Bekleidung und Wäsche <sup>3)</sup>	26,9	11,9	15,0	12,1	5,3	6,6	5,8	9,2	5,4	6,7
Sonstige Waren	39,0	17,8	21,2	18,2	8,5	9,3	9,4	11,8	8,7	9,5
Wohnung <sup>4)</sup>	21,5	10,6	10,9	12,2	5,4	5,2	5,3	5,6	6,2	6,0
Dienstleistungen <sup>5)</sup>	44,8	21,5	23,3	23,9	10,3	11,2	11,9	11,4	10,9	12,0
Insgesamt	191,8	90,1	101,7	94,3	43,1	47,0	47,2	54,5	45,2	49,1
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH										
Nahrungs- und Genußmittel <sup>2)</sup>	7,5	8,7	6,4	2,1	8,6	8,8	4,4	8,3	2,4	1,8
Bekleidung und Wäsche <sup>3)</sup>	6,7	7,9	5,7	0,9	0,3	14,9	5,7	5,6	2,1	0,0
Sonstige Waren	10,2	12,1	8,7	2,1	9,4	14,6	10,1	7,6	2,0	2,2
Wohnung <sup>4)</sup>	11,0	12,1	10,0	15,3	13,3	10,8	9,7	10,2	16,1	14,4
Dienstleistungen <sup>5)</sup>	10,0	10,2	9,9	6,6	8,9	11,3	10,7	9,1	5,8	7,2
Insgesamt	8,9	10,0	7,9	4,6	8,3	11,6	7,8	8,0	4,8	4,3

<sup>1)</sup> Berechnungen des DIW, vorläufige Zahlen. — <sup>2)</sup> Ohne Ausgaben im Gaststättengewerbe. — <sup>3)</sup> Ober- und Unterbekleidung, Schuhe und Haushaltswäsche. — <sup>4)</sup> Einschl. der Energiekosten im Haushalt. — <sup>5)</sup> Alle Dienstleistungen einschl. des öffentlichen Verkehrs- und Nachrichtenwesens und des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes.

mehr ausgehen, zumal noch die Ausdehnung der Ausgaben sich im wesentlichen auf die Bedarfsbereiche Wohnung und Dienstleistungen erstreckte. Für diese wurden im Durchschnitt abermals 9,5 vH mehr aufgewendet, während sich der Ausgabenbetrag für Waren nur noch um 1,5 vH erhöhte.

Der hohe Mehraufwand für Wohnung und Dienstleistungen betrug gegenüber 1962 rd. 1,6 Mrd. DM; hiervon dürften schätzungsweise 120 Mill. DM infolge erhöhter Reisetätigkeit in das Ausland abgeflossen sein. Überdies entfiel etwa die Hälfte der inlandswirksamen Ausgabensteigerung auf Preiserhöhungen. In diesem Quartal wurden die Gebührenerhöhungen bei Bahn und Post voll wirksam (etwa 10 vH); Mieterhöhungen beliefen sich auf 6 vH. Die Preisindexziffer für die Lebenshaltung zeigt eine Erhöhung der Preise für Dienstleistungen von 5,8 vH. Bei entsprechender Anwendung auf die im privaten Verbrauch ermittelten Daten dürfte die reale Nachfragesteigerung nach Dienstleistungen auf etwa 5 vH zu schätzen sein.

Bei der geringen Ausgabensteigerung für Waren (0,5 Mrd. DM) haben die Verbraucher real kaum mehr als vor einem Jahr nachgefragt. Der Einzelhandel, der im allgemeinen ein Spiegelbild für die Warenkäufe der Haushalte gibt, weil dieser etwa <sup>2</sup>/<sub>3</sub> der von ihnen nachgefragten Waren liefert, setzte im zweiten Quartal dem Werte nach um 1,4 vH mehr — real etwas weniger (— 0,4 vH) — als 1962 um. Noch im April und Mai wurden Umsatzzuwachsdaten von 3 bzw. 8 vH erzielt. Diese Steigerung vollzog sich — allerdings mit unterschiedlicher Intensität — in allen Branchen, abgesehen vom Handel mit Möbeln und Einrichtungsgegenständen. Auch wenn man berücksichtigt, daß das Pfingstgeschäft 1962 in den Juni, 1963 aber in den Mai fiel, erschien ex ante ein Zuwachs der Verbrauchernachfrage sowohl für den Durchschnitt des zweiten Quartals als auch den des ersten halben Jahres in Höhe von knapp 4 vH als wahrscheinlich. Zwar wäre dies eine im Vergleich zur Entwicklung des Vorjahres beträchtlich geringere Fortschrittsrate gewesen, sie hätte aber angesichts der verminder-

ten Einkommenszunahme und der übrigen Gegebenheiten zu Beginn des Jahres 1963 noch als befriedigend gelten können. Tatsächlich setzte sich jedoch im Juni ein unerwartet starker Nachfragerückgang durch, von dem bis auf den Brennstoffhandel alle Zweige betroffen wurden.

#### Ausblick

Ein Rückblick auf das erste Halbjahr 1963 zeigt, daß der Zuwachs der privaten Verbrauchsausgaben mit 4,2 Mrd. DM nur noch halb so groß war wie 1962 und daß auch die bereits beachtlich verminderte Zuwachsrate des zweiten Halbjahres 1962 noch erheblich unterschritten worden ist. Bei einer durchschnittlichen Preissteigerung von fast 3 vH entspricht der nominell um 4,6 vH vermehrten Nachfrage eine reale Erhöhung um 1,5 bis 2 vH.

Bemerkenswert ist vor allem, daß die Haushalte fast 40 vH (1,6 Mrd. DM) der zusätzlichen Verbrauchsausgaben für Wohnung sowie Heizung und Beleuchtung und ein Drittel (1,4 Mrd. DM) für Dienstleistungen aufgewendet haben. Dadurch hat sich im privaten Verbrauch eine Strukturverlagerung zu Lasten des Warenverbrauchs vollzogen. Durch Mietpreissteigerungen und den ungewöhnlich hohen Bedarf an Heizmaterial erhöhte sich innerhalb eines Jahres der Anteil der Bedarfsgruppe Wohnung am Gesamtverbrauch von 11,7 auf 12,9 vH. Der strukturelle Anteil der Dienstleistungen stieg von 23,9 auf 24,3 vH. Dem stand — so ausgeprägt wie noch in keiner Periode seit 1960 — eine weit unterdurchschnittliche Zunahme der Aufwendungen für Warenkäufe gegenüber. Für die Bedarfsgruppen Bekleidung und Wäsche, Nahrungs- und Genußmittel und die sonstigen Waren zusammengenommen ging der strukturelle Anteil am gesamten Verbrauchsaufwand von 64,4 vH auf 62,8 vH zurück.

Eine zutreffende Einschätzung der vorherrschenden Nachfragetendenzen auf der Grundlage des an saisonalen Sondereinflüssen reichen ersten Halbjahres wird dadurch erschwert, daß Nachfrageveränderungen saisonaler und grundsätzlicher Art nicht immer voneinander zu trennen

sind. So ist beispielsweise der Nachfragerückgang bei Möbeln und Einrichtungsgegenständen einmal damit zu erklären, daß die Haushalte einen gewissen Sättigungsgrad erreicht haben, zum anderen aber auch damit, daß wegen der verminderten Zahl an fertiggestellten Wohnbauten sowie der ungünstigen Witterungsverhältnisse die Nachfrage auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden ist. Ähnliche Beispiele gibt es auch in anderen Bedarfsbereichen.

Sieht man einmal von den erwähnten statistischen Problemen ab, so muß man freilich zu dem Schluß kommen, daß der Anstieg des privaten Verbrauchs im ersten Halbjahr 1963 hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Im zweiten Halbjahr kann mit einer gewissen Belebung der Nachfrage gerechnet werden, doch werden der Ausdehnung des privaten Verbrauchs durch die voraussichtlich weitere Abschwächung des Einkommenswachstums Grenzen gesetzt sein.

## Zur Entwicklung der Altersversorgung in Mitteldeutschland

Die öffentlichen Sozialeinkommen sind in Mitteldeutschland seit 1960 nominal um 3 vH jährlich gewachsen und damit geringfügig hinter der Zunahme des Sozialprodukts von etwa 3,5 vH zurückgeblieben. Diese Erhöhung der Einkommensübertragungen geht nahezu ausschließlich auf die laufende Erhöhung des Rentenbestandes der Sozialversicherung zurück. Er entwickelte sich seit 1955 wie folgt (in 1000):

	1955	1962	Veränderung in vH
Altersrenten . . . . .	1602	1992	+ 24,3
Invalideitsrenten . . . . .	343	415	+ 21,0
Witwenrenten . . . . .	478	447	- 6,5
Waisenrenten . . . . .	337	126	- 62,6
Halbrenten . . . . .	297	513	+ 72,7

Die starke Erhöhung der Zahl der Altersrenten ist auf die ungünstige Altersstruktur der Bevölkerung zurückzuführen; in der Zunahme der vorzeitigen Erwerbsunfähigkeit wirkt sich vor allem wohl die immer stärker werdende Beanspruchung der Arbeitenden aus. Der Anstieg der „Halbrenten“ — hauptsächlich Witwenrenten, die an Witwen mit eigenem Rentenanspruch nur in halber Höhe ausgezahlt werden — erklärt sich durch die hohe weibliche Erwerbsquote Mitteldeutschlands seit 1945.

Die Durchschnittsrenten sind seit 1959 — in diesem Jahre wurden die Renten letztmalig um einen Zuschlag von 10 DMO erhöht — nahezu konstant geblieben. Bei den Altersrenten hat sich dadurch der Abstand zwischen Durchschnittsrente und durchschnittlichem Arbeitseinkommen<sup>1)</sup> weiter vergrößert. 1958 erhielt der mitteldeutsche Altersrentner von der Sozialversicherung noch eine Rente in Höhe von 32 vH des durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommens; 1961 ging dieser Satz auf 28,5 vH zurück, erhöhte sich 1962 aber wieder infolge der gesunkenen

Arbeitseinkommen auf 29,4 vH. Demgegenüber bezog ein Altersrentner der westdeutschen Sozialversicherung 1958 fast 44 vH und 1962 — trotz des time lags in der Anpassung der Renten an die laufende Lohn- und Gehaltsentwicklung — knapp 40 vH des Durchschnittseinkommens. Die durchschnittlichen Altersrenten selbst lagen in Mitteldeutschland 1958 um rund 31 vH und 1962 bereits um 39 vH unter denen der Bundesrepublik.

Aus dem Vergleich der nominalen Sozialversicherungsrenten allein können jedoch noch keine Schlüsse auf den Lebensstandard der Altersrentner in beiden Teilen Deutschlands gezogen werden. Bezieht man Faktoren wie Preisniveau, Sortiment, Qualität, zeitliche Verfügbarkeit der Güter usw. in die Betrachtung ein, so zeigt sich, daß der mitteldeutsche Rentner wesentlich schlechter gestellt ist<sup>2)</sup>. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten für Rentner in der Bundesrepublik um 9 vH von 1958 bis 1962 — in Mitteldeutschland blieb dieser Index nahezu unverändert — hat dieses Bild kaum beeinflußt.

Andererseits gewährt der Vergleich der von der Sozialversicherung gezahlten Renten noch keinen umfassenden Einblick in die tatsächliche Versorgung der aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen. So ist beispielsweise zu berücksichtigen, daß eine spezielle Beamtenversorgung in Mitteldeutschland fehlt und auch die Versorgung der früheren Beamten einschließlich der Wehrmachtsangehörigen und ihrer Hinterbliebenen nach sozialversicherungsrechtlichen Grundsätzen erfolgt. Demgegenüber enthalten die mitteldeutschen Sozialversicherungsrenten nicht die aus dem

<sup>1)</sup> Durchschnittlicher Bruttolohn bzw. -gehalt je beschäftigten Arbeitnehmer.

<sup>2)</sup> Vgl. auch Wochenbericht des DIW Nr. 16/17, 1963.

Monatliche Durchschnittsrenten der Sozialversicherung  
in DMO bzw. DMW

Rentenart	Mitteldeutschland <sup>1)</sup>					Bundesrepublik <sup>2)</sup>				
	1958	1959	1960	1961	1962	1958	1959	1960	1961	1962
Altersrenten <sup>3)</sup> . . . . .	135	146	146	146	147	195	205	218	231	242
Invalideitsrenten <sup>4)</sup> . . . . .	130	141	142	142	143	140	153	165	174	181
Witwenrenten . . . . .	110	119	120	120	121	120	129	138	146	154
Waisenrenten . . . . .	49	55	56	58	59	52	56	60	63	66

<sup>1)</sup> Sozialversicherung unter Verwaltung des FDGB sowie Sozialversicherung bei der Deutschen Versicherungsanstalt bzw. Vereinigten Großberliner Versicherungsanstalt, einschl. Ost-Berlin; Stand jeweils im Dezember. — <sup>2)</sup> Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie der Knappschaftlichen Rentenversicherung; Stand im Januar des jeweils folgenden Jahres; 1962 Stand Mitte des Jahres; einschl. Berlin, ab 1960 auch einschl. Saarland. — <sup>3)</sup> Mitteldeutschland: Alters- und Invalidenaltersrenten; Bundesrepublik: Altersruhegelder und Knappschaftsruhegelder. — <sup>4)</sup> Mitteldeutschland: Invalidenrenten; Bundesrepublik: Erwerbsunfähigkeitsrenten.

Quellen: Mitteldeutschland: Statistisches Jahrbuch der DDR, 1963, S. 456; Wochenbericht des DIW Nr. 15/1962 1958-1960 DVA-Renten geschätzt.

Bundesrepublik: Sozialbericht der Bundesregierung 1962, BABI. Nr. 19/1962 sowie Wochenbericht des DIW Nr. 15/1962.

**Sozialeinkommen in Mittel- und Westdeutschland <sup>1)</sup>**  
in DMO bzw. DMW; Berechnung des DIW

Einkommensarten	in Mrd. DM					in DM je Kopf der Bevölkerung				
	1958	1959	1960	1961	1962	1958	1959	1960	1961	1962
<b>Mitteldeutschland</b>										
Alters-, Invaliden-, Unfall- u. Hinterbliebenenversorgg. <sup>2)</sup>	4,47	4,96	5,25	5,42	5,54	258	287	305	316	324
Barleistungen der Krankenversicherung <sup>3)</sup>	0,96	1,06	1,21	1,22	1,27	55	61	70	71	74
Kriegsopferversorgung	0,28	0,25	0,24	0,23	0,21	15	15	14	13	12
Sonstige Übertragungen <sup>4)</sup>	0,83	1,37	1,42	1,49	1,56	48	79	82	87	91
Öffentl. Sozialeinkommen, gesamt	6,52	7,64	8,12	8,36	8,58	376	442	471	487	501
<b>Westdeutschland</b>										
Alters-, Invaliden-, Unfall- u. Hinterbliebenenversorgg. <sup>5)</sup>	21,37	22,51	24,40	26,89	29,14	393	410	440	479	512
Barleistungen der Krankenversicherung <sup>3)</sup>	2,50	2,63	3,12	3,53	4,01	46	48	56	63	70
Kriegsopferversorgung	3,24	3,10	3,53	3,93	3,86	60	57	64	70	68
Sonstige Übertragungen <sup>6)</sup>	6,50	6,49	5,74	5,76	6,77	120	118	104	102	119
Öffentl. Sozialeinkommen, gesamt	33,61	34,73	36,79	40,11	43,78	619	633	664	714	769

<sup>1)</sup> Mitteldeutschland einschl. Ost-Berlin; Westdeutschland einschl. West-Berlin, ab 1960 einschl. West-Berlin und Saarland. — <sup>2)</sup> Einschl. „Altersversorgung der Intelligenz“. — <sup>3)</sup> Kranken-, Haus- u. Taschengeld, Barleistungen der Wochenhilfe, Sterbegeld. — <sup>4)</sup> Sozialfürsorge- u. Arbeitslosenfürsorgeunterstützungen, ab 1958 auch staatl. Kinder- u. Ehegattenzuschläge. — <sup>5)</sup> Einschl. Beamtenpensionen u. Pensionen nach Art. 131 GG, ohne LAG-Kriegsschadenrente u. Wiedergutmachungsleistungen. — <sup>6)</sup> Sozialfürsorge- u. Arbeitslosenunterstützungen, Kindergeld, Lastenausgleichszahlungen u. a.

Staatshaushalt und von den Betrieben finanzierte „Altersversorgung der Intelligenz“, die für einen begünstigten Personenkreis (Techniker, Wissenschaftler, Künstler, Pädagogen, im öffentlichen Gesundheitswesen beschäftigte Ärzte) zusätzlich zur allgemeinen Sozialversicherungsrente gewährt wird und individuelle Bezüge grundsätzlich zwischen 60 und 80 vH des vor Eintritt des Versorgungsfalles bezogenen Gehalts vorsieht.

Erst eine Betrachtung der Gesamtaufwendungen für die Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung zeigt den wachsenden Unterschied in der Versorgung der aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen und der Hinterbliebenen in beiden Teilen Deutschlands. So wurden hierfür 1962 in Mitteldeutschland — bezogen auf die Zahl der im Rentenalter stehenden Personen — insgesamt 1794 DMO (1960: 1743 DMO), in der Bundesrepublik dagegen 4670 DMW (1960: 4052 DMW) (einschließlich Beamtenpensionen und Leistungen nach Art. 131 GG) ausgegeben. Dieser erhebliche Unterschied, der in einer Gegenüberstellung der insgesamt aufgewandten Beträge oder der Aufwendungen je Kopf der Bevölkerung nicht zum Ausdruck kommt, beruht darauf, daß 1962 fast jeder fünfte Bewohner Mitteldeutschlands das Rentenalter erreicht hatte, in der Bundesrepublik nur etwa jeder achte.

In Mitteldeutschland sind seit 1959 Leistungsverbesserungen in der Altersversorgung, die nach der Aufhebung der Lebensmittelrationierung vorgenommen wurden und zusammen mit der Erhöhung bzw. Schaffung anderer Sozialeinkommen eine Anhebung der gesamten öffentlichen Sozial-einkommen von 1955 bis 1960 um 80 vH bewirkt hatten<sup>3)</sup>, nicht mehr erfolgt. Vor allem das Zurückbleiben der Renten hinter der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung, aber auch die Notwendigkeit, die Auswirkungen gewisser Preiserhöhungen zu mildern, mag zusammen mit dem

immer deutlicher zutage tretenden Abstand gegenüber der Bundesrepublik für den kürzlich gefaßten Beschluß des Ministerrats ausschlaggebend gewesen sein, die Renten mit Wirkung vom 1. Januar 1964 um durchschnittlich etwa 10 vH zu erhöhen. Diese Erhöhung soll nicht mehr in Form pauschaler Zuschläge, sondern in Abhängigkeit von der Anzahl der versicherungspflichtigen Beschäftigungsjahre erfolgen und wird nach mitteldeutschen Angaben einen Aufwand von 550 Mill. DMO von 1964 an erfordern<sup>4)</sup>.

Angesichts der ständig wachsenden Alterslast wird diese Rentenerhöhung zu einer zusätzlichen Belastung der mitteldeutschen Sozialversicherung führen. 1962 mußte sie bei einem auf 10 Mrd. DMO gestiegenen Leistungsvolumen erstmals sinkende Beitragseinnahmen als Folge stagnierender Beschäftigung und zurückgehender Einkommen in Kauf nehmen. Ihren Leistungsverpflichtungen kann die Sozialversicherung nur noch mit Hilfe ständig wachsender Zuschüsse aus dem Staatshaushalt nachkommen. Bei weiterhin stagnierenden oder zurückgehenden Beitragseinnahmen wird 1964 die wachsende Zahl von Rentnern zusammen mit der Rentenerhöhung bereits einen Haushaltszuschuß von etwa 3,5 Mrd. DMO erforderlich machen. Diese weitere Belastung des Staatshaushalts wäre nur dann zu vermeiden, wenn man sich trotz aller Vorbehalte dazu entschliesse, den zur Zeit bei 20 vH der beitragspflichtigen Arbeitsverdienste liegenden Sozialversicherungsbeitrag (Renten, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) oder die Beitragsbemessungsgrenze von 600 DMO zu erhöhen.

<sup>3)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 15/1962.

<sup>4)</sup> „Neues Deutschland“, Nr. 208 vom 1. 8. 1963, „Berliner Zeitung“, Nr. 229 vom 22. 8. 1963.